

## Außenansicht

Die Märkte, angeführt von den Rating-Agenturen, reißen immer wieder tiefe Breschen in den bescheidenen Verteidigungswall, den Europa und vor allem Deutschland seit dem Krisenjahr 2009 zum Schutz des Euro errichtet hat. Ein noch so umfangreich ausgestatteter Rettungsfonds wird daran nichts ändern. Denn im Falle des Glaubwürdigkeitsverlustes größerer Euro-Partnerländer wie Italien oder Spanien wären alle Werkzeuge, die momentan zur Verfügung stehen, zu schwach.

Deshalb bedarf Europa eines noch viel kühneren Wurfs, als es das Bild von den „Vereinigten Staaten“ suggeriert, um die Euro-Krise zu überwinden. Denn diese Krise ist im Kern eine Krise Europas. Gefragt ist ein neues Dach für eine Konstruktion, die für Schönwetterzeiten ausreichte, die Stürmen aber nicht standhält. Benötigt wird keine halbherzige, sondern eine umfängliche und unauflöslische Währungs- und Haftungsgemeinschaft und in deren Konsequenz eine gemeinsame Wirtschaftsregierung auf europäischer Ebene. Vorbild dafür sollte nicht das ferne Amerika sein. Vorbild dafür müsste Deutschland mit seinem oft zu Unrecht kritisierten Länderfinanzausgleich werden.

Zu diesem Ziel führt kein Weg an einer konzertierten Fiskal- und Sozialpolitik vorbei. Den Ernst der Stunde erkennend, rief Bundeskanzlerin in ihrer Regierungs-

## Außenansicht

## Vereinigte Staaten von Europa? Zu wenig!

Von der Währungs- zur Haftungsunion: ein Plädoyer für eine gemeinsame Wirtschaftsregierung in der EU

Von Christian von Bechtolsheim

erklärung am 7. September ins Bewusstsein, dass der Euro „viel, viel mehr als eine Währung“ sei. „Scheitert der Euro, scheitert Europa“, sagte Angela Merkel an diesem Tag – sie hat recht.

Auch an die im globalen Wettbewerb der großen Wirtschaftsblöcke unverzichtbaren Vorzüge der gemeinsamen Währung kann nicht oft genug erinnert werden. Der erweiterte Binnenmarkt hat die Transportkosten im Warenhandel sinken lassen, die Zinssätze sind niedrig, Unternehmen können viel leichter als früher Kredite über nationale Grenzen hinaus erhalten. Der Euro ist – trotz aller Probleme – eine weltweit anerkannte Währung, die nicht nur größere Unabhängigkeit vom US-Dollar als historischer Leitwährung ermöglicht, sondern Europa überhaupt erst befähigt, seine Rolle als ernst-

zunehmender Wirtschaftsakteur auf der weltpolitischen Bühne zu spielen.

Deutschland mit seiner mittelständisch exportorientierten Wirtschaft war und ist der große Gewinner der gemeinsamen Währung. Die Ausfuhren haben seit Einführung des Euro um 120 Prozent zugenommen. Dabei werden sogar immer mehr deutsche Produkte in Schwachwährungsstaaten wie zum Beispiel Griechenland abgesetzt.

Mit einer sehr starken Mark, die in den vergangenen zehn Jahren zwangsläufig mehrfach hätte aufgewertet werden müssen, hätte es diesen Zuwachs an Wohlstand nicht gegeben. Bei allen Schwächen der gemeinsamen Währung, auch das gehört zu der Bilanz des Euro: die gewachsene Zahl der am Export hängen-

den Arbeitsplätze, das damit verbundene höhere Steueraufkommen und schließlich die Entlastung der Sozialsysteme durch den starken Rückgang der Arbeitslosigkeit. Es bleibt ohne Übertreibung dabei: Der Euro war und ist eine historische Errungenschaft.

Allerdings gilt es, einen Geburtsfehler dieser großen Idee zu beseitigen: Ein Staatenbündnis mit heterogener Wirtschaftsleistung und sehr unterschiedlichen Steuer- und Sozialsystemen kann nicht einfach über eine gemeinsame Währung zwangsharmonisiert werden.

Der erweiterte Stabilisierungsfonds für die von der Schuldenkrise betroffenen Länder ist nur ein erster Schritt. Und auch die an sich richtige Einführung von Schuldenbremsen in die nationalen Verfassungen durchschlägt den gordischen Knoten noch nicht. Nüchtern Einsicht muss dem Traum Gestalt verleihen: Ein echter Schuldenschnitt im Falle Griechenland ist unerlässlich. Um weitere Gefahren abzuwenden, müssen anschließend alle Euro-Teilnehmerländer ihre Staatsanleihen zentral über die Europäische Zentralbank oder den Europäischen Rettungsfonds EFSF emittieren. Dies liefe in der Tat und sinnvollerweise auf die derzeit heftig diskutierten Euro-Bonds hinaus.

Besonders betroffene Banken und andere Institute könnten durch einen Eigen-

kapitalfonds Geld von staatlicher Seite befristet zur Verfügung gestellt bekommen, direkt oder über Bürgschaften. Solche Schritte führen von der Währungszur Haftungsunion – denn es müssten in diesem Fall alle europäischen Staaten durch ein gemeinsames Institut für sämtliche ausgegebenen Staatsanleihen einstehen. So gewinnen alle Akteure Zeit, die betroffenen Länder für die Zukunft neu auszurichten; Sozialproteste und antieuropäische Ressentiments, die an die Legitimität und Substanz der Demokratie rühren, könnten abklingen.

Und mehr noch ist erforderlich: Eine zentrale europäische Wirtschaftsregierung müsste die Budgethoheit über alle Länder an sich ziehen, um eine notwendige Disziplinierung im Ausgabeverhalten zu erreichen und die Entstehung einer Zweiklassengesellschaft innerhalb Euro-



Christian von Bechtolsheim, 51, ein direkter Nachfahre der Fugger, ist Vorstandssprecher der Focam AG, die Vermögenswerte von ungefähr zwei Milliarden Euro verwaltet. B. Schellenberg

pas zu verhindern. Das umschließt Sanktionsmöglichkeiten bei Budgetverstößen bis hin zum Verlust nationaler Souveränitätsrechte und europäischer Mitwirkungsrechte. Hierzu bedarf es einer Anpassung der Maastricht-Verträge und wahrscheinlich auch einer Änderung der europäischen Verfassung. Unabdingbar ist in diesem Zusammenhang die verstärkte demokratische Legitimierung einer solchen quasi europäischen Zentralregierung. Die wegweisende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur Stärkung der Mitspracherechte des deutschen Bundestags bei künftigen Rettungsaktionen europäischer Partnerländer setzt hierfür Maßstäbe.

Am Ende wird man feststellen, dass eine ehrliche Transferunion, wie wir sie in Deutschland seit langem kennen, auch auf europäischer Ebene die beste Lösung ist. Denn nur so kann unser Kontinent die Grundlagen für ein starkes Bündnis schaffen, das auf der Basis von Solidarität und Subsidiarität beruht.

Die Alternative zu diesem Szenario wäre das Aus für den Euro. Die würde auch das Ende des europäischen Traums bedeuten. Ein Szenario, das zum Albtraum werden könnte: Wie im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts könnte Europa in nationale Egoismen zerfallen. Es könnte wieder zu einem Krisenherd werden, am Ende gar ein Kriegsherd. Es wäre nicht auszudenken.